

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 43 – Bericht über die Unterrichtssituation im Schuljahr 2020/21

Dazu sagt die schulpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Ines Strehlau:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 367.21 / 26.11.2021

Wir legen einen Schwerpunkt auf die Stärkung der Bildung

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bericht zur Unterrichtssituation zeigt: Wir haben in Jamaika im Bildungsbereich einen guten Job gemacht – und die Küstenkoalition hat gut vorgearbeitet. Vielen Dank, an Sie, Frau Ministerin Prien, und an Ihr Haus für den Bericht. Seit dem Beginn der regelmäßigen Berichte im Jahr 2012 steigt die Unterrichtsversorgung von Jahr zu Jahr in allen Schulformen. Diese positive Tendenz setzt sich auch im Berichtsjahr 2020/21 der Jamaika-Regierung fort.

Unsere Jamaika-Bilanz kann sich insgesamt sehen lassen: Die Daten aus den ersten Schulwochen, vor dem Lockdown, belegen, dass erstmals eine Unterrichtsversorgung von 100 Prozent an den berufsbildenden Schulen erreicht wurde. An den allgemeinbildenden Schulen wurde das 100-Prozent-Ziel übertroffen. Wir haben aktuell 1.752 Stellen für Lehrkräfte mehr als 2012, obwohl die Zahl der Schüler*innen gegenüber 2012 um ca. 3.500 gesunken ist. Dazu haben beide Koalitionen in den letzten Jahren ihren Beitrag geleistet. Wir haben den Bildungsbonus eingeführt und stellen für unsere 62 PerspektivSchulen mehr als 50 Millionen Euro von 2019 bis 2024 bereit.

Die Besoldung der Grundschullehrkräfte erhöhen wir Schritt für Schritt auf A13. Die Besoldung von Schulleitungen an Grundschulen wurde erhöht. Damit steigern wir die Attraktivität des Grundschullehramts. Und das scheint zu gelingen. Denn es konnten fast alle der 140 Referendariatsplätze besetzt werden.

Allerdings haben wir einen sehr hohen Anteil von Vertretungskräften. Da braucht es noch ein paar Abschlussjahrgänge, bis wir den Bedarf decken können. Und es braucht, bis wir

soweit sind, weiterhin Wege in den Lehrer*innenberuf. Es ist gut, dass wir den Quer- und Seiteneinstieg und auch den Direkteinstieg weiter geöffnet haben. Darüber gewinnen wir viele gute Lehrkräfte.

Wenn wir uns die Zahlen der Einstellungen in den Schuldienst und auch in den Vorbereitungsdienst im Bericht ansehen, dann fällt auf, dass wir deutlich mehr Vertretungskräfte und befristet Beschäftigte an den Schulen haben als unbefristet neu eingestellte. Die Befristungen werden wir immer brauchen, denn eine Lehrkraft in Elternzeit zum Beispiel kommt sehr wahrscheinlich zurück in den Schuldienst.

Aber wir haben viele Fälle, wo Menschen über Jahre immer neue befristete Verträge bekommen. Zum Teil, weil sie nicht die formalen Voraussetzungen für den Quer-, Seiten- oder Direkteinstieg mitbringen. Sie haben beispielsweise keinen Masterabschluss oder ihr Studiengang war kein Mangelfach. Das führt dazu, dass gut eingearbeiteten Vertretungskräften irgendwann der Stuhl vor die Tür gesetzt werden muss, weil sie sonst einen Anspruch auf unbefristete Beschäftigung haben. Dafür brauchen wir eine rechtssichere Lösung. Wir wollen eine hohe Unterrichtsqualität an den Schulen. Aber in einer Zeit des Lehrkräftemangels brauchen wir zusätzliche Wege.

Für mich wäre ein Weg zu prüfen, ob wir die Laufbahn als Fachlehrkraft, die es an beruflichen Schulen gibt, auch an den allgemeinbildenden Schulen einführen. Das ist alles politisch und beamtenrechtlich schwierig. Aber gute Leute an den Schulen zu halten, muss unser Ziel sein.

Bei den Lehrkräften für die Sekundarstufe 2 bilden wir an unseren Universitäten über Bedarf aus. Das führt dazu, dass längst nicht alle von ihnen nach dem Master einen Referendariatsplatz bekommen. Bei den Sonderpädagog*innen kommt die Hälfte der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst nicht aus Schleswig-Holstein und es können nicht alle Plätze besetzt werden.

Das alles zeigt: Wir brauchen eine stärkere Steuerung bei den Studien- und Referendariatsplätzen. Dazu müssen die Universitäten und auch das IQSH noch enger zusammenarbeiten.

Ein für uns Grüne noch nicht zufriedenstellender Bereich ist die Inklusion. Der Bericht zeigt, dass insgesamt die Anzahl der Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf um rund 160 oder 0,9 Prozent gestiegen ist. Die Zahl der Schüler*innen in inklusiven Maßnahmen an Schulen sank um 0,3 Prozent. Das ist ein leichter Rückgang, aber ein Trend, der sich auch im letzten Bericht schon gezeigt hatte. Für uns Grüne ist die inklusive Schule das Ziel. Dieses Ziel wurde uns auch durch die UN-Behindertenrechtskonvention ins Stammbuch geschrieben. Bei der Inklusion müssen wir noch besser werden. Wir erhöhen zwar die Zahl der Stellen für Sonderpädagog*innen seit mehreren Jahren jährlich um 70, aber viele Stellen können nicht besetzt werden.

Das Schuldashboard, das tagesaktuell die Anzahl der Corona Testungen und auch die positiven Fälle zeigt, ist sehr hilfreich, um faktenbasiert die Situation an Schulen zu beurteilen. Wir sind bis jetzt insgesamt gut durch die Pandemie gekommen. Mit Vorsicht, früher Maskenpflicht, Hygienekonzepten und einer gemeinsamen Kraftanstrengung von allen in den Schulen. Und auch mit umsichtigen Regelungen. Beispielsweise, dass Schüler*innen mit besonderen Unterstützungsbedarfen auch im Lockdown in die Schulen kommen konnten.

Für die Digitalisierung war Corona ein Schubs ins kalte Wasser. Aber alle haben schnell

schwimmen gelernt und das Land hat dabei kräftig unterstützt: Laptops für Schüler*innen und Lehrkräfte, Lernmanagementsysteme, Videokonferenzsysteme, Schulverwaltungssoftware, Fortbildungen und viele zusätzliche Lehrerstellen. Ja, es gab viele Startschwierigkeiten, aber das Land und vor allem das Bildungsministerium hat schnell viel möglich gemacht und die Lehrkräfte haben enorm viel geleistet. Der Distanzunterricht wurde immer besser.

Die Schulen sind inzwischen digital deutlich besser aufgestellt. Das müssen wir nutzen, um die Schüler*innen individueller zu unterstützen und das Lernen weiter zu modernisieren. Die Laptops dürfen jetzt nicht wieder im Schrank verschwinden. Deshalb war es gut, dass wir als Parlament 250 Stellen für das große Feld der Digitalisierung zur Verfügung gestellt haben.

Die Erneuerung der digitalen Infrastruktur wird eine Daueraufgabe bleiben. Deshalb freue ich mich, dass im Ampel-Koalitionsvertrag im Bund ein Digitalpakt 2.0 vereinbart wurde. Den brauchen wir, denn das Land und die Kommunen können diese Aufgabe nicht alleine leisten. Lieber Lasse Petersdotter, das habt ihr in Berlin gut verhandelt! Das Bildungskapitel ist insgesamt gut gelungen, wie ich finde.

Die berufsbildenden Schulen sind inzwischen auch bei 100 Prozent Unterrichtsversorgung. Das ist gut, denn sie haben eine sehr vielfältige Schüler*innenschaft mit unterschiedlichen Bedarfen. Deshalb ist es richtig, dass wir an jeder der beruflichen Schulen eine Schulpsychologin und einen Schulpsychologen haben. Damit stärken wir die beruflichen Schulen.

Der Bericht zeigt, dass unsere Jamaika-Koalition einen großen Schwerpunkt auf die Stärkung der Bildung gelegt hat. Ich bin mir sicher, dass dies auch die zukünftige Landesregierung tun wird.
